



HESSISCHER LANDTAG

14. 07. 2021

Kleine Anfrage

Jürgen Lenders (Freie Demokraten) vom 17.06.2021**Ausschöpfung des Landesinvestitionsprogramms "Kinderbetreuung"****und**

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragesteller:

In Hessen übersteigt der Betreuungsbedarf immer noch die Betreuungsquote. Dementsprechend werden weiterhin Mittel für Baumaßnahmen, Um- und Ausbau sowie Renovierungsmaßnahmen benötigt.

Für die nächsten Jahre hat die Landesregierung dafür 142 Mio. € bereitgestellt. Aus dem Sondervermögen sind weitere 27 Mio. € hinzugekommen. Gleichwohl mehren sich Hinweise darauf, dass die zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel weiterhin nicht ausreichen.

So berichtete beispielsweise die Gemeinde Fuldatal darüber, dass für ein Bauvorhaben zunächst 1,5 Mio. € zugesagt wurden, jetzt aber nur noch 600.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Vorbemerkung Minister für Soziales und Integration:

Die Betreuungsquote in der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik gibt das Verhältnis der Kinder, die in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege betreut werden, zur Gesamtzahl der in der jeweiligen Altersgruppe in Hessen lebenden Kinder an. Eine Aussage über den tatsächlichen Betreuungsbedarf kann nicht hergeleitet werden.

Die Kinderbetreuung liegt in der originären Zuständigkeit der hessischen Kommunen. Mit der kommunalen Zuständigkeit geht die Finanzierungsverantwortung der kommunalen Ebene einher. Entsprechend erfolgt die Mittelausstattung der Städte und Gemeinden in Hessen unter Berücksichtigung der Gesamtheit der Aufgaben sowie unter Beachtung örtlich unterschiedlicher Gegebenheiten im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs, während über die Landesförderung nach dem Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) Qualitätsanreize gesetzt werden. Diese besonderen Finanzzuweisungen nach dem HKJGB, die gezielt sowohl an kommunale als auch an freie und sonstige Träger von Kindertageseinrichtungen gewährt werden, bilden somit einen Teil der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen ab. Im Haushaltsjahr 2021 stehen für die Kinderbetreuung/frühkindliche Bildung im Landeshaushalt hierfür Mittel in Höhe von über 1 Mrd. € zur Verfügung.

Darüber hinaus unterstützt das Land die Kommunen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung auch im investiven Bereich. Im Rahmen der Investitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“/„Kinderbetreuung“ wurden seit 2008 rund 450 Mio. € zur Schaffung und Erhaltung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots für Kinder bis zum Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege bewilligt.

Eine verlässliche Angabe über den Mittelbedarf für Investitionsmaßnahmen in der Kinderbetreuung liegt der Landesregierung nicht vor.

Verbindliche Förderzusagen vonseiten der Bewilligungsbehörde im Rahmen der Investitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“/„Kinderbetreuung“ ergehen ausschließlich in Form eines Bewilligungsbescheids. Sonstige (mündliche o.ä.) Förderzusagen werden von der Bewilligungsbehörde und der Landesregierung nicht getätigt. Die Bewilligungen erfolgen von der Bewilligungsbehörde an das zuständige Jugendamt, das dann eigenständig an den Maßnahmenträger weiterbewilligt.

Eine Förderzusage, dem Grunde nach, kann das Jugendamt geben, aus dessen Budget die Förderung erfolgen soll, da das Jugendamt über sein Budget verfügt und die zu fördernden Maßnahmen auswählt. Diese Zusage ist allerdings in der Höhe noch nicht endgültig, da die Antragsprüfung und anschließende Festsetzung des Förderbetrags durch die Bewilligungsbehörde noch nicht erfolgt ist.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. In welcher Höhe standen für die Jahre 2020 und 2021 Mittel aus dem Landesinvestitionsprogramm zur Verfügung?

Im Rahmen des Landesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuung“ 2020 bis 2024 stehen insgesamt 92 Mio. € zur Verfügung.

Die Mittel wurden gemäß Förderrichtlinie vom 30. September 2020 den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe in Form von Gesamtbudgets zur Verfügung gestellt. Die Städte und Landkreise entscheiden im Rahmen ihres jeweiligen Budgets in eigener Zuständigkeit, welche Maßnahmen in welcher Höhe beantragt werden. Maßnahmen, die nicht oder nur anteilig im Rahmen des Landesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuung“ 2020 bis 2024 beantragt wurden, können möglicherweise aus dem geplanten Landesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuung“ 2021 bis 2023 gefördert werden.

Anträge im Rahmen des Landesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuung“ 2020 bis 2024 konnten bis 31. März 2021 bis zur Höhe des jeweiligen Gesamtbudgets bei der Bewilligungsbehörde eingereicht werden.

Frage 2. In welcher Höhe wurden für die Jahre 2020 und 2021 bereits Mittel abgerufen?

Im Rahmen des Landesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuung“ 2020 bis 2024 wurden bis dato rund 917.000 € bewilligt.

Die Bewilligungsbehörde hatte zunächst die Anträge im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2020 bis 2021 geprüft und bewilligt, da diese für Hessen zur Verfügung stehenden 77 Mio. € gemäß bundesgesetzlicher Regelung bis 30. Juni 2021 durch Bewilligungen gebunden sein mussten. Nicht gebundene Mittel werden auf andere Bundesländer umverteilt und stehen damit für Hessen nicht mehr zur Verfügung. Um dies zu vermeiden wurden die Bewilligungen im Bundesinvestitionsprogramm vorrangig bearbeitet.

Frage 3. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, dass die zur Verfügung gestellten Mittel für bereits gestellte Anträge in diesen beiden Jahren nicht ausreichen?

- a) Wenn ja: In welcher Höhe übersteigen die beantragten Mittel die zur Verfügung stehenden Mittel?
- b) Wie wird mit dieser Situation umgegangen?

Ob über die bei der Bewilligungsbehörde beantragten Maßnahmen hinaus weitere Anträge bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe vorliegen, ist der Landesregierung nicht bekannt.

Frage 4. Ist der Landesregierung der Fall der Gemeinde Fuldatal bekannt?

Frage 5. Wenn ja: Wie konnte es zu der oben beschriebenen Situation kommen, dass der Gemeinde Fuldatal nun deutlich weniger Mittel zur Verfügung stehen als ursprünglich geplant?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Der Landkreis Kassel hat bei der Bewilligungsbehörde Anträge im Rahmen seines Jugendamtbudgets gestellt. Der Antrag der Gemeinde Fuldatal, in Höhe von 671.657,- €, liegt der Bewilligungsbehörde zur Prüfung und Bewilligung im Rahmen des Landesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuung“ 2020 bis 2024 vor. Damit kann der ursprünglich im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2020/2018 bis 2020 in Höhe von 1,5 Mio. € für diese Maßnahme nur anteilig gefördert werden. Es ist jedoch möglich, die Maßnahme ergänzend im Rahmen des Landesinvestitionsprogramms „Kinderbetreuung“ 2021 bis 2023 zu fördern. Die Entscheidung darüber, ob die ergänzende Förderung beantragt wird, obliegt dem Landkreis Kassel.

Frage 6. Plant die Landesregierung derzeit, das Programm erneut aufzustocken?

Frage 7. Wenn ja: in welcher Höhe?

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Weitere 77 Mio. € stehen ab 2021 im neuen Landesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuung“ 2021 bis 2023 zur Verfügung. Die Förderrichtlinie dazu wird in den nächsten Wochen in Kraft treten.

Wiesbaden, 7. Juli 2021

In Vertretung
Anne Janz